

Jenseits von Souveränität und Territorialität: Überlegungen zu einer politischen Theorie der Stadt

Beyond sovereignty and territoriality: Reflections on a political theory of the city

MARLON BARBEHÖN, HEIDELBERG & MICHAEL HAUS, HEIDELBERG

Zusammenfassung: Seit jeher dienen Städte als Projektionsfläche sowohl für die Identifikation von problematischen Tendenzen der (modernen) Gesellschaft als auch für die Entwicklung erstrebenswerter gesellschaftlicher Zukünfte. Als Kristallisationspunkt und Triebkraft soziopolitischer Entwicklungen nimmt die Stadt eine zentrale Stellung in Praktiken des Regierens und deren Beobachtung ein – und doch tut sich die Politische Theorie traditionell schwer damit, ein Verständnis von Stadt zu entwickeln, das diesem Status und den damit verbundenen Ambivalenzen gerecht wird. Allzu oft verbleiben entsprechende Debatten dem Souveränitätsparadigma verhaftet, sodass die Stadt primär in Relation zum Prinzip territorialstaatlicher Souveränität begriffen wird. Unser Beitrag argumentiert, dass eine Auflösung dieser konzeptionellen Verwicklung dazu beitragen kann, das Verhältnis zwischen dem Städtischen und dem Politischen als ein konstitutionslogisches, das sich von anderen Konstitutionslogiken des Politischen unterscheidet, sichtbar zu machen. Dazu greifen wir auf eine raumtheoretische Perspektive der Moderne zurück, die Stadt und Territorialstaat nicht als „Kleines“ und „Großes“, sondern als zwei eigenständige, zugleich komplementäre und konfligierende Modi der räumlichen Vergesellschaftung begreift. Unser Beitrag zeigt auf, dass Verdichtung und Heterogenisierung, als die beiden wesentlichen raumstrukturellen Merkmale des Städtischen, mit einer spezifischen Konstitution des Politischen im Sinne einer Erzeugung von kollektiver Macht und gesellschaftlicher Ordnung verbunden sind. Die Stadt tritt damit nicht bloß als (austauschbarer) Ort der Materialisierung übergreifender soziopolitischer Phänomene in den Blick, sondern als räumliches Prinzip, das Möglichkeiten für gemeinsames Sprechen und Handeln sowie für Praktiken der konfliktiven Infragestellung hegemonialer Projekte erst hervorbringt. Eine dergestalt angelegte politische Theorie der

Alle Inhalte der Zeitschrift für Praktische Philosophie sind lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.



Stadt erlaubt es, politische Praktiken nicht nur in der Stadt zu lokalisieren, sondern als genuin städtische Phänomene zu erfassen und sowohl die Komplementaritäten als auch die Widersprüche zwischen den Raumprinzipien der Stadt und des souveränen Territorialstaats herauszuarbeiten.

Schlagwörter: politische Theorie der Stadt, das Politische, Regieren, Raumtheorie, Stadt und Territorium

Abstract: Cities have served as projection surfaces both for the identification of problematic tendencies of (modern) society and for the development of desired futures ever since. As a focal point and driving force of socio-political processes, the city is at the heart of governing practices and their observation – and yet, Political Theory still struggles to develop an idea of the city that does justice to the status and the ambivalences of the urban. All too often reflections on the city remain committed to the paradigm of sovereignty, so that the city is treated primarily in relation to the principle of the sovereign territorial state. In our contribution we argue that a dissolution of this conceptual entanglement allows us to make visible the constitutive relationships between the urban and specific articulations of the political. To do so, we adopt a perspective from spatial theory which conceptualises the city and the territorial state not as a smaller and a larger entity of the same kind, but as distinct, both complementary and conflicting spatial modes of social organisation. We demonstrate that densification and heterogenization, as the two main spatial characteristics of the urban, are linked in specific ways with the political in the sense of a constitution of collective power and social order. The city, then, not only appears as a (interchangeable) place where overarching socio-political phenomena materialise, but as a specific spatial principle that constitutes possibilities for joint speech and action and for contesting hegemonic projects. A political theory of the city adhering to this perspective enables us to not only locate political practices in the city, but to identify these as genuinely urban political practices, which in turn allows to interrogate both the complementarities and the contradictions between the spatial logics of the city and the sovereign territorial state.

Keywords: urban political theory, the political, governing, spatial theory, city and territory

Einleitung: Politische Theorie der Stadt und ihre konzeptionellen Fallen

Gegenwärtig lässt sich in vielerlei Hinsicht eine wachsende Aufmerksamkeit für die Rolle von Städten in der Politik beobachten. Städte werden als der Ort verstanden, wo Probleme wie die Bewältigung von Migration, des

Klimawandels oder von sozialer Ungleichheit am sichtbarsten in Erscheinung treten, aber auch als der Ort, wo sich innovative Lösungsansätze für derartige Probleme entwickeln und erproben lassen. Mag man diese Thematisierungen der Stadt noch entlang der Unterscheidung von Krise vs. Chance sortieren, so sind sie zugleich eingebettet in eine kulturell tief verwurzelte, ambivalente Wahrnehmung der Stadt als Ursprung alles Bösen wie auch als Geburtsstätte alles wirklich Wertvollen in der menschlichen Entwicklung (vgl. Meagher 2008). Zuletzt haben die Geschehnisse rund um die Covid-19-Pandemie diese beiden Seiten wieder eindrucksvoll hervortreten lassen: Das Virus nimmt seinen Ausgang im Moloch einer Großstadt, wo Menschen entfremdet von der Natur bizarre Tiermärkte unterhalten. Der Kampf gegen das Virus scheint neben Massenveranstaltungen und spezifischen Unternehmenspraktiken vor allem in Städten als Orten der unübersichtlichen Verdichtung von Menschen geführt werden zu müssen. Not und Elend werden vor städtischer Kulisse sichtbar. Zugleich praktizieren Städte Solidarität in der Krise, stemmen sich gegen rechtspopulistische Leugnungsstrategien und helfen auch den schwächeren ihrer Bewohner*innen bei der Bewältigung der „neuen Normalität“ (siehe Keil et al. 2020; United Nations 2020).

Exemplarisch wird hier sichtbar, dass die Stadt selbst kontinuierliches Referenzobjekt widersprüchlicher Deutungen in westlichen soziopolitischen Diskursen ist. Sie ist über die Zeit hinweg bis heute eine vielfach anschlussfähige Referenz im öffentlichen Diskurs und eine Projektionsfläche für die dort artikulierten Hoffnungen und Verheißungen, aber auch des klammen Unbehagens und der tiefsitzenden Ängste geblieben. Auch im zeitgenössischen Diskurs werden die Extreme einer Krise der Städte (z. B. Häußermann und Siebel 1978) und eines Fortschritts durch Städte (z. B. Barber 2013) zumeist als sich ausschließende Sichtweisen behandelt. Selten werden sie als zwei Seiten derselben Medaille verstanden, als zwei komplementäre Momente in einer dialektischen Beziehung oder als sich gleichzeitig verstärkende Dimensionen der Steigerung von Aspekten der urbanen Vergesellschaftung. Dabei ist die Annahme plausibel, dass gerade die Einheit von Gegensätzen die Spezifität der Stadt ausmacht – zumindest der modernen Großstadt, auf der im Folgenden unser Fokus liegt. Ein Blick auf die Präsenz von Vergangenheit und Zukunft und damit verbundenen Vorstellungen von Fortschritt und Krise, Wandel und Beständigkeit mag dies in basaler Weise verdeutlichen. So sind moderne Städte zugleich ausgeprägte Stätten der Repräsentation der Vergangenheit (mitunter in Formen, die eher eine neue Vergangenheit

erschaffen als eine vergangene erinnern) wie auch (möglicher) Zukünfte. Nirgends ist die Vergangenheit präsenter als in der modernen Großstadt, nirgends scheint die Zukunft näher. Städte können dabei selbst einerseits als jene gnadenlosen Modernisierungsmaschinen gelten, wo, mit Marx und Engels gesprochen, alles Ständische und Stehende verdampft und alles Heilige entweiht wird (so auch Merrifield 2002, 22), wo traditionelle Weltanschauungen und Gemeinschaften sich auflösen und Menschen als Fremde miteinander leben – aber andererseits eben auch als die Orte, an denen Zugehörigkeitsgefühle zu Stadtvierteln und ihren Bewohner*innen ein Leben lang halten, die allen möglichen Vereinigungen ein emotionales Zuhause bieten (man denke etwa an die baldige Neugründung jüdischer Gemeinden in westdeutschen Städten nach dem Zweiten Weltkrieg) und in denen besonders starke Bande der Solidarität über alle Grenzen hinweg gestiftet werden können. Es ist fraglich, ob diese Besonderheit der Stadt in gesellschaftstheoretischer Hinsicht hinlänglich reflektiert worden ist. Der Weg zu einer solchen Reflexion scheint uns in der begrifflichen Arbeit am Konzept der Stadt als distinkter Form von Vergesellschaftung zu liegen (siehe dazu auch Held 2005; Berking 2008; Frank et al. 2014; detailliert hierzu der Abschnitt „Stadt und Territorium als räumliche Vergesellschaftungsformen“); ein Konzept, das wir im vorliegenden Beitrag mit dem Begriff des Politischen in Verbindung bringen möchten, um einer politischen Theorie der Stadt den Weg zu bereiten.

Auch für die *Politische Theorie* ist die Stadt ein sperriges Konzept geblieben. Als die „westliche“ politische Philosophie im Denken von Platon und Aristoteles geboren wurde, war die antike Polis, insbesondere Athen, zwar zweifellos die zentrale soziopolitische Bezugsgröße (siehe verschiedene Beiträge in Meagher 2008). Aber war diese Bezugsgröße Athen *als Stadt*? Eine Antwort darauf zu geben ist nicht so einfach. Als eine politische Gemeinschaft (*koinonia politiké*) bestand Athen bekanntlich aus „städtischen“ und „ländlichen“ Teilen (was auch immer diese anachronistischen Begriffe dann genau bedeuten mögen). Die „Urbanität“ Athens mag eine notwendige Bedingung dafür gewesen sein, dass eine „politische Gemeinschaft“ in Aristoteles' Sinn entstehen und eine politische Lebensweise praktiziert werden konnte – worin liegt dabei jedoch genau die Rolle der Urbanität? Wie auch immer wir diese Fragen zu beantworten versuchen mögen, es ist jedenfalls offensichtlich, dass die Tage der Polis vorbei sind – und mit ihnen eine Politische Theorie, die den Blick auf die Stadt als politische Gemeinschaft richtet. Die Identifikation der Stadt mit der Polis-Gemeinschaft stellt heute

nur noch politische Romantik oder auch ideologisch verbrämte „Schule der Demokratie“-Rhetorik dar (so auch Young 1990, 236–237). „[C]ities have largely been ignored by political philosophers“ (Weinstock 2011, 377) – vermutlich, weil sie weder ein Staat noch eine Assoziation oder eine Gemeinschaft im traditionellen Verständnis darstellen, sondern eine spezifische sozial-räumliche Konfiguration, die auf komplexe Weise in den modernen Staat eingebettet ist. Bestenfalls treten Städte in der Kategorie der kommunalen Selbstverwaltung gleichsam im Schatten staatlicher Souveränität in einen bescheidenen Lichtkegel oder werden zum Objekt von Visionen einer besseren Gesellschaft, die in mehr oder weniger offensichtlicher Weise die Allmachtsphantasien dominanter Diskurse widerspiegeln (vgl. Hall 2014).

Freilich steht dieser traditionellen Staatsfixierung der Politischen Theorie, wie auch dem politischen Diskurs insgesamt (Luhmann 2002, 189–227), seit geraumer Weile ein wachsendes Bewusstsein der *Grenzen staatlicher Souveränität* gegenüber – Souveränität verstanden sowohl als das kategoriale Zentrum und organisierende Prinzip demokratischer Politik als auch als diskursiver Referenzpunkt für normative Vorstellungen einer guten Gesellschaft. Governance-Theorien haben herausgestellt, dass demokratisches Regieren sehr viel mehr und anderes erfordert als staatliche Entscheidungen, durch die einer (nationalen) Gemeinschaft ein politischer Wille auferlegt wird, während diese staatlichen Entscheidungen selbst von einer elektoralen „Legitimationskette“ demokratisch legitimiert werden (Benz 2004; Enroth 2014). Diese Kette, welche Wähler*innen mit Parteien, Parteien mit Parlamenten, Parlamente mit Regierungen und Regierungen mit öffentlicher Verwaltung verbindet, existiert zwar noch. Sie ist aber unter Bedingungen von Komplexität schon immer durch einen zweiten, inoffiziellen Machtkreislauf strukturiert worden, bei dem das Entscheidungszentrum die Agenda von den Ministerialbürokratien und den Interessenorganisationen gesetzt bekommt (so bereits Luhmann 1981). Hinzu kommt, dass mit dem Entstehen von posthierarchischen Formen des Regierens, in denen die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme stärker auf Selbstorganisation und zivilgesellschaftliches Empowerment, partizipative Designs und die Entwicklung von Strategien in Netzwerken unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure angewiesen ist, demokratische Praxis und politische Problemlösung auch legitimatorisch nicht mehr ausschließlich auf souveränem Entscheiden und der elektoralen Kette beruhen können (Bornemann und Haus 2019).

Auch die *territoriale Logik des Staates* in der Verbindung aus Regierung, Bürgerschaft und Territorium wird im Gefolge von verschwimmenden

– dann aber auch wieder in selektiver Hinsicht geradezu manisch verteidigten – nationalstaatlichen Grenzen und der Herausbildung eines (europäischen) Mehrebenensystems politischen Entscheidens zunehmend in Frage gestellt. Diagnosen einer tiefen Krise der liberalen (und damit: an den Staat und seine Rechtsordnung gebundenen) Demokratie mögen, vor allem unter der Flagge der Postdemokratie-Diagnose (Crouch 2008), eine nostalgische Sehnsucht nach der Rückkehr des staatsgebundenen Demokratiemodells im Schulterschluss mit einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat nähren, lassen sich aber zugleich als deutliches Anzeichen einer Erschöpfung des auf den Staat zentrierten Demokratie- und Wohlfahrtsverständnisses lesen. Schließlich können auch die zunehmend prominenter werdenden radikalen Demokratiekonzepte, welche die kontingente und für Widerspruch und Widerstand offene Natur des Politischen als Dreh- und Angelpunkt jeglicher demokratischer Praxis betonen (Comtesse et al. 2019), Zweifel an der konventionellen Staatsfixierung der Demokratietheorie aufkommen lassen.

All diese Diskurszusammenhänge verweisen auf eine besondere Rolle von Städten mit Blick auf die Grundbedingungen politischer Praxis, indes meist, ohne dies immer explizit zu machen. In der Moderne sind Städte schon immer Räume der Artikulation und Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme gewesen, die ein interaktives und kooperatives Vorgehen unter Einbeziehung von Akteur*innen aus verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen erfordern; sie waren schon immer Räume, in denen die Bedeutung von Demokratie jenseits des liberalen Standardmodells der elektoralen Legitimationskette Gegenstand kontestativer Praktiken und öffentlicher Kontroversen gewesen ist und neue Formen von Demokratie experimentell praktiziert (freilich auch staatlich unterdrückt) wurden; und sie haben schon immer (oder zumindest seit sie ihren Status als befestigte Siedlungen aufgegeben haben) mit relativ offenen Grenzen und grenzüberschreitenden Strömen von Personen, Dingen und Informationen umgehen müssen. Städte haben im Schatten der staatlichen Souveränität ihre eigenen, nicht auf Souveränität und Territorialität beruhenden politischen Praxen ausgebildet – wenn auch nicht unabhängig vom, sondern in Koevolution (vgl. Luhmann 2002, 407–434) mit dem modernen Staat.

Im Folgenden wollen wir der Frage nachgehen, wie eine politische Theorie der Stadt aussehen könnte, die die genannten widersprüchlichen Wahrnehmungen der Stadt als eines dystopischen wie utopischen Orts ernst nimmt und die Rolle der Städte in einer Zeit der fragwürdig gewordenen staatlich-territorialen Souveränität adressiert (siehe hierzu auch die Überle-

gungen bei Magnusson 2011; Boudreau 2017; Webb 2017). Die Stoßrichtung dieses Beitrags liegt zunächst in der Korrektur der in der Politikwissenschaft und Politischen Theorie üblichen Sicht, „that the city is the site of the social, not the properly political“ (Webb 2017, 18). Hierfür ist es erforderlich, nach dem Zusammenhang zwischen dem Städtischen und dem Politischen, also nach dem urbanen Politischen zu fragen (Abschnitt 1). Antworten auf diese Frage wollen wir entwickeln auf der Grundlage eines raumtheoretischen Zugangs, der Stadt vom Territorium abgrenzt (Abschnitt 2) und es somit ermöglicht, die Konturen einer politischen Theorie der Stadt jenseits des Souveränitätsparadigmas zu zeichnen (Abschnitt 3). Eine solche politische Theorie der Stadt müsste dabei drei konzeptionelle Fallen vermeiden: Erstens darf sie die Stadt weder als Ort der Überwindung der Widersprüche der modernen Gesellschaft in einer urbanen Gemeinschaft romantisieren noch sie umgekehrt als das Ende jeder authentischen Form von menschlicher Gemeinschaft dämonisieren (Authentizitätsfalle). Zweitens sollte sie die für das Leben der Städte konstitutiven Widersprüche nicht aus irgendeinem „Grundwiderspruch“ der modernen Gesellschaft ableiten (Ableitungsfalle). Drittens sollte sie die Stadt nicht auf die Rolle eines politischen Akteurs oder einer Ebene des Nationalstaates reduzieren (Souveränitätsfalle).

Während die erste konzeptionelle Sackgasse die eingangs genannten Projektionen reproduziert, ist die zweite einer Sicht auf Gesellschaft verpflichtet, der zufolge die Stadt einerseits das Produkt der Gesellschaft und ihres Grundwiderspruchs und andererseits der Ort der Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Politisierung des manifest werdenden Grundwiderspruchs darstellt. Eine politische Theorie der Stadt ist dann wieder zwischen einer schlechten Alternative eingespannt: Entweder bedeutet die Überwindung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs eine Veränderung der Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse (letztlich also, wenn auch selten explizit so ausgeführt, eine Art von Weltrevolution, in der Städte die Keimzellen des revolutionären Umsturzes darstellen); oder sie erfolgt durch eine radikale Verschiebung von Macht in Richtung der Städte, die sich dann selbst befreien und mit ihnen die Welt. Mit dem Untertitel von David Harveys (2012) *Rebel Cities* gesprochen: „From the Right to the City to the Urban Revolution“. Die dritte Falle kann virulent werden, wenn wir mit allen Mitteln die ersten beiden zu vermeiden trachten. Sie liegt im imaginativen Gefangensein im vorherrschenden Verständnis von Politik, nämlich im Souveränitätsparadigma (vgl. Webb 2017, 26–31). Da souveräne Entscheidungsmacht realistischerweise nicht auf eine globale Instanz übergehen wird, aber

auch nicht bei den Städten liegen kann, wird der Nationalstaat mit seinem Anspruch auf Souveränität auf absehbare Zeit der Ausgangspunkt für die Architektur politischer Entscheidungsräume bleiben. Bleibt man auf das Konzept der Souveränität fixiert, so wäre dann die einzig verbleibende Frage, wie viel der Souveränität in Richtung supranationaler Entscheidungsinstanzen hoch- und in Richtung substaatlicher Entscheidungsinstanzen heruntergezont wird. Städte sind dann einfach eine politisch-administrative Ebene in einem politisch-administrativen Mehrebenensystem, das das staatliche Entscheidungsmonopol transformiert, aber die Staatlichkeit nicht hinter sich lässt. So wichtig und berechtigt diese Blickrichtung ist, so geraten doch unter diesen Vorzeichen der Teilhabe an staatlicher Souveränität andere Arten, in denen die Stadt politisch relevant sein könnte, aus dem Blickfeld.

1 Politische Theorie der Stadt als Frage nach dem urbanen Politischen

Eine politische Theorie der Stadt, welche diese drei konzeptionellen Sackgassen vermeidet, existiert unserer Auffassung nach noch nicht, sie kann aber auf verschiedene konzeptionelle Anschlüsse aus unterschiedlichen Disziplinen zurückgreifen. Im Zentrum einer solchen politischen Theorie der Stadt müsste unseres Erachtens eine Reflexion des *urbanen Politischen* stehen (vgl. Webb 2017; Enright und Rossi 2018). Die Rede vom urbanen Politischen bezieht sich auf den Begriff des „Politischen“ in der Politischen Theorie, wo er für den Sinn von Politik jenseits ihrer konkreten Manifestation in politischen Institutionen, Prozessen und Politikmaterien steht (Flügel et al. 2004; Bedorf und Röttgers 2010; Marchart 2010). Über das Politische nachzudenken, kann helfen zu verstehen, in welcher Weise Politik auch eine Frage sozialer Praxis statt bloß eine von Institutionen und Ressourcen ist. Der Diskurs des Politischen ist dabei oft charakterisiert durch eine mehr oder weniger explizite kritische Bezugnahme auf den souveränen Staat. Diese Bezugnahme weist indes Ambiguitäten auf, die sich eine politische Theorie der Stadt bewusst machen muss, weil sie eine versteckte Abhängigkeit von dem, was kritisiert wird, konstituieren.

Einerseits ist es nämlich offenkundig, dass „das Politische“ nicht durch die Organisationsform „Staat“ begrenzt werden kann. Das Politische ist ontologisch grundlegend, es ist Ausdruck der politischen Natur der Menschen, ihrer Fähigkeit zur Infragestellung der bestehenden Ordnung, zur Hervorbringung neuer Perspektiven auf die Gesellschaft durch die Assoziierung zu

Kollektiven, zum Gebrauch der Sprache und der Vorstellungskraft. Der Staat ist eine spezifische *Fixierung* von Machtbeziehungen, das Politische die Fähigkeit zur *Erzeugung* von Macht und Gegenmacht. Aus dieser Sicht steht der Staat in einer bestenfalls parasitären Beziehung zum Politischen, welches er zugleich institutionalisiert und als solches unsichtbar macht (Laclau und Mouffe 2001). Dabei lassen sich zwei Arten der Konzeptualisierung des Politischen unterscheiden (vgl. Marchart 2010, 35–42): In der *assoziativen* Perspektive des Politischen (im Anschluss an Aristoteles, Arendt, Walzer und andere) ist der Staat eine geronnene Organisationsform, die aufgrund ihrer bürokratischen Züge im Konflikt mit der kreativen Dynamik der Assoziierung politischer Lebewesen steht und der deshalb Praktiken des gemeinsamen Redens und Handelns immer wieder neu abgetrotzt werden müssen. In der *dissoziativen* Perspektive (im Anschluss an Marx, Gramsci, Laclau/Mouffe und andere) stellt der Staat den Versuch dar, die fundamentalen Konflikte der Gesellschaft mittels einer hegemonialen Praxis zu negieren und so die Artikulationsversuche antagonistischer Sichtweisen abzuwehren.

Diese unterschiedlichen Perspektiven auf das Politische haben gemein, dass sie bei aller Betonung der institutionellen Nichtfixierbarkeit des Politischen den Staat als zentrale Bezugsgröße für die Reflexion auf die Bedeutung von Politik unangetastet lassen und mithin ungewollt reproduzieren. Gewiss kann das Politische in sozialen Bewegungen, unkontrollierbaren Ereignissen oder Revolutionen in Erscheinung treten. Jedoch einmal abgesehen von der Tatsache, dass dies regelmäßig dazu führt, dass Theoretiker*innen entsprechende Ereignisse undifferenziert und kriterienlos idealisieren,¹ liegt ein Problem darin, dass es sich eben um ein Phänomen mit rein „ereignishaftem“ Charakter handelt. In gewisser Weise gibt es eine weite Kluft zwischen der „Politik“, wie sie der Staat instituiert, sowie der sozialen Ordnung, wie sie der Staat aufrechterhält, und dem Politischen, wie es sich in allem, was (in politisch korrekter Weise) diese Ordnung zu stören beansprucht, zu erkennen gibt. Mit anderen Worten: Was fehlt, ist die Vorstellung eines robusteren und zugleich normativ weniger festgelegten sozialen Raums des Politischen, oder etwas vorsichtiger formuliert: die Vorstellung „anderer Räume“ (Foucault 2015) des Politischen.

1 Dies ist der Fall, wenn zunächst prinzipiell jede Form von Protest als Ausdruck des Politischen begrüßt wird – und diese Sympathie unvermittelt abbricht, wenn politisch dubiose Kräfte (vor allem „rechte“) die Führung übernehmen. Dies weckt den Eindruck, dass das Politische nur dann willkommen ist, wenn es auch „politisch korrekt“ artikuliert wird.

Für Hannah Arendt beispielsweise war die griechische Polis das einzige historische Beispiel für die konsequente Ausrichtung einer sozialräumlichen Konfiguration als ganzer auf die Belange des Politischen. Obwohl Arendt einzelne politische Praktiken der jüngeren Geschichte und Gegenwart als Wiederentdeckungen des gemeinsamen Redens und Handelns würdigte und diese Praktiken mitunter einen gewissen Bezug zum Städtischen aufwiesen (wie etwa die Townhall Meetings in Neuengland), hielt sie in *Vita activa* mit Blick auf das perikleische Athen fest, dass „[d]ie eigentliche Würde der Politik, die bis tief in die Neuzeit gehalten und selbst heute noch nicht ganz verblaßt ist, [...] auf Erfahrungen zurück[weist], die damals, in der Frühzeit abendländischer Geschichte, auf kleinstem Raum und innerhalb weniger Jahrzehnte sich unvergessen der europäischen Menschheit eingepägt haben“ (Arendt 2002, 260, siehe auch 246–251). Dabei hatte die Polis den Sinn, „zu garantieren, daß die vergänglichste aller Tätigkeiten der Sterblichen, das Handeln und Sprechen, und die kurzlebigsten ihrer ‚Produkte‘, die Taten und Geschichten, die sich aus ihnen ergeben, direkt in die Unvergänglichkeit eingehen konnten“ (Arendt 2002, 248). Mit dem Aufkommen der modernen Marktökonomie, der Wissenschaft und des Staates hat das Politische für Arendt jeglichen räumlichen Anker ein für alle Mal verloren. Auch hier wird wieder deutlich, wie die Sicht des Politischen den Staat zugleich zurückweist und auf ihn angewiesen bleibt. Der Staat ist gleichsam das falsche Versprechen eines solchen Ankers, deshalb ist die Negation des Staates als Ort des Politischen das Einzige, was sich über die Beziehung zwischen dem Politischen und dem Raum sagen lässt. Im Übrigen sind die von Arendt gelobten Townhall Meetings eben keine *großstädtischen* Praktiken. Wo das Politische in der Politischen Theorie überhaupt sozialräumlich gedacht wird, scheint es sich auf lokale, versammlungsdemokratische Praktiken zu beschränken.

Könnte es aber sein, dass Perspektiven auf das Politische eine andere Gestalt annehmen, wenn wir die *moderne Großstadt* als politischen Raum ernst nehmen? Was, wenn wir die Welt aus der Perspektive der Stadt statt aus der Perspektive des *Staates* betrachten – „seeing like a city“ statt „seeing like a state“ (Magnusson 2011; Amin und Thrift 2016)? Wenn wir der Idee nachgehen, dass es die *moderne* Stadt (und nicht Arendts idealisierte antike Polis) ist, welche einem solchen Ort des Politischen am nächsten kommt? Unsere These lautet, dass sich ein „städtisches Sehen“ am besten durch eine raumtheoretische Brille realisieren und justieren lässt. Dafür bedarf es eines Begriffes von „Stadt“, der über eine Aufzählung arbiträrer Definitionsmerk-

male hinausgeht und theoriefähig ist. Eine solche „Begriffsarbeit“ ist auch der immer wieder zu vernehmenden Verabschiedung von „Stadt“ als Kategorie der Gesellschaftstheorie entgegengesetzt (so auch Roskamm 2017, 8, mit entsprechenden Verweisen zum Ende-der-Stadt-Topos).

In Anknüpfung an Perspektiven, die Stadt und Staat als je eigene Modi der räumlichen Vergesellschaftung erfassen, wollen wir zeigen, dass wir es bei der Stadt mit einer Raumstruktur zu tun haben, die auf besondere Weise mit dem Politischen verwickelt ist: Durch die für das Urbane konstitutiven Verdichtungs- und Heterogenisierungsleistungen (hierzu unten) produziert die Stadt unentwegt räumliche Möglichkeiten für die Erzeugung von Macht, für gemeinsames Sprechen und Handeln, für die Infragestellung und die Behauptung hegemonialer Projekte. In der Stadt sind das Räumliche und das Politische konstitutiv aufeinander bezogen. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt werden, dass „allein“ die Stadt oder die städtische Praxis das Politische konstituieren könnten. Die Stadt, so vielmehr die zentrale These, ist nicht bloß eine Bühne für politische Inszenierungen im Schatten staatlich-territorialer Souveränität, sondern sie gründet auf einem eigenständigen räumlichen Prinzip, das politische Praxis auf besondere Art und Weise ermöglicht. Begreift man die Stadt solcherart als eine sozialräumliche Heterogenisierungspraxis, die sich von der Homogenisierungspraxis des Territorialstaates unterscheidet und zu dieser zugleich in einem Verhältnis der Spannung und der Komplementarität steht, dann lässt sich daran mit Blick auf die Beurteilung der eingangs beschriebenen Facetten stadtbezogener Diskurse die weitere These anschließen, dass diese Diskurse zugleich überzeugend und defizitär sind, weil sie die Gleichzeitigkeit der Steigerung von Gegensätzen verfehlen. Dass die Stadt „heterogenisiert“, impliziert nämlich genau, dass sie Gegensätze gleichermaßen steigert.²

2 Dies ist ein Motiv, das sich mit Bezug auf soziale Funktionssysteme bei Niklas Luhmann findet. Mit Blick auf funktionale Differenzierung lässt sich mit Luhmann sagen: Dass „alles ökonomisiert wird“, schließt nicht aus, dass „alles politisiert“ oder „alles von Kunst durchdrungen wird“, da die Systeme jeweils eigene Wirklichkeiten konstruieren. Ein analoges Argument lässt sich, so unsere Annahme, für die Stadt anbringen (siehe zu einer systemtheoretisch ausgerichteten Perspektive auf Stadt auch Nassehi 2002; Haus und Gehring 2014).

2 Stadt und Territorium als räumliche Vergesellschaftungsformen

Für eine solche Reflexion auf eine politische Theorie der Stadt ist es zunächst erforderlich, „Stadt“ als Theoriebegriff zu etablieren. Während die Nachbar-disziplinen der Soziologie und der (Human-)Geographie hier auf eine lange Tradition zurückblicken können, haben sich Politikwissenschaft und Politische Theorie kaum mit Versuchen einer Theoretisierung von Stadt hervorgetan. Die wenigen Beiträge entstammen vornehmlich der englischsprachigen Diskussion (Magnusson 2011; Boudreau 2017; Webb 2017), was mit der Existenz des Forschungsfelds der *Urban Studies* zusammenhängen mag, auf dem sich unterschiedliche Disziplinen um den Begriff der Stadt versammeln. In der deutschsprachigen Politikwissenschaft hingegen ist Stadt nahezu exklusives Betätigungsfeld der Lokalen Politikforschung, die selbst jedoch nicht über einen theoretischen Begriff von Stadt verfügt (Heinelt 2013, 185), sondern diese als Variante „lokaler Politik“ mit mitunter spezifisch urbanen Institutionenordnungen, Akteurskonstellationen und Entscheidungsprozessen versteht (vgl. Barbehön und Münch 2017). Im Hinblick auf soziopolitische Phänomene treten Städte dabei zumeist als kleinformatige Manifestationen der modernen Gesellschaft auf. Sie werden als „Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Entwicklungen“ (Buckel und Petzold 2016, 16) oder spezifischer als „Ort der Verdichtung von Problemlagen“ (Sörensen 2019, 33) betrachtet, d. h. in erster Linie als Ausdruck von etwas Größerem („Gesellschaft“). Die gleichsam umgekehrte Blickrichtung betont die Funktion von Städten als Orte des Widerstands und der Transformation im Angesicht allgemeiner gesellschaftlicher Missstände (Brenner et al. 2012; Harvey 2012; Sörensen 2019), womit die Stadt auch hier als ein Ort erscheint, der primär in Relation zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen gedacht wird.

Beide Blickrichtungen sind somit Ausdruck einer „subsumtionslogische[n] Theoriefigur“, die Berking (2008, 16) für die Stadtsoziologie identifiziert hat: In der Tradition der *Chicago School* stehend wird „Stadt“ dem Begriff der Gesellschaft subsumiert, womit die Stadt primär als Bühne bzw. Adresse von „allgemeinen“ Phänomenen erscheint und die Notwendigkeit entfällt, den (möglichen) Zusammenhang zwischen Stadt, Sozialem und Politischem auf konstitutionstheoretischer Ebene in den Blick zu rücken. Für die Politische Theorie dient dabei der Staat als die übergeordnete und allgemeine Bezugsgröße, womit zugleich das Souveränitätsparadigma importiert wird. Nach Webb (2017, 30) folgt daraus, dass bei der Reflexion auf politische Autorität der Staat als das Allgemeine und die Stadt als das Par-

tikulare verstanden werden: „The city is, then, in constant tension with the nation-state – always pushing against its authority and, perhaps contra the wishes of Hegel, it never fully accedes to the state’s hegemony.“

Gerd Held (2005) hat demgegenüber den Vorschlag gemacht, Staat und Stadt nicht in der Differenz von Allgemeinem und Partikularem, von Großem und Kleinem, sondern als zwei distinkte Formen der Verräumlichung in der Moderne zu betrachten. Von einer raumtheoretischen Perspektive ausgehend argumentiert Held (2005, 10), dass Raum eine Strukturbildung in zwei Richtungen ermöglicht: „Der Mechanismus des Ausschlusses läßt territoriale Einheiten entstehen, der Mechanismus des Einschlusses (der Verdichtung) konstituiert agglomerative (großstädtische) Einheiten.“ Stadt und Territorium stellen hiernach die zwei dominanten räumlichen Vergesellschaftungsformen der Moderne dar, die sich durch jeweils spezifische Organisationsprinzipien auszeichnen. Das wesentliche Merkmal des Territoriums ist in dieser Hinsicht die Grenze, die über Ein- und Ausschluss an räumlich lokalisierbaren Punkten entscheidet. Die Stadt hingegen ist durch Offenheit und prinzipielle Zugänglichkeit gekennzeichnet. Mit dieser idealtypischen Gegenüberstellung soll nicht gesagt werden, dass nicht auch *in* der modernen Stadt in vielfältiger Art und Weise ausgeschlossen wird, etwa durch Zugangsbeschränkungen in bestimmten städtischen Gegenden („gated communities“). Überhaupt ist die Stadt kein macht-, herrschafts- oder repressionsfreier Raum. Zum einen penetriert die Logik des Staates auch und gerade den städtischen Raum. Der Staat nutzt die durch die Stadt produzierten Bedingungen für seine eigene Machtlogik – moderne Regierungszentralen bedürfen offenkundig eines städtischen Raums, schon deshalb, weil sie auf die dort gebündelten Kommunikationsströme, Expertenwissensbestände und Infrastrukturen angewiesen sind. Es gibt heute keinen Staat, dessen Regierung nicht in einer Stadt seinen Regierungssitz hat – während es sehr wohl Staaten gibt, die sich eine neue Stadt als Regierungssitz gebaut haben (etwa Brasilia). Gleiches gilt für den Markt: Auch dieser durchdringt die Stadt – man denke etwa an Wohnungs- und Immobilienmärkte – und ist auf sie angewiesen (etwa als Standort des Finanzkapitals). Die gemeinte Offenheit der Stadt ist auch nicht etwas, das gegen den Staat erwirkt werden könnte oder erst politisch-normativ gegenüber dem Kapitalismus einzufordern wäre. Wie Michael Walzer (1992, 75) zu Recht hervorgehoben hat, können Städte in der Moderne deshalb ihre Mauern niederreißen, weil der Staat die Fläche (durch seine Herrschaft) befriedet. Zum anderen herrschen natürlich auch und gerade in Städten extreme Formen

von sozialer Ungleichheit, von Marginalisierung und von Armut. Die Stadt ist charakterisiert durch die gleichzeitige Steigerung von Extremen.

Der entscheidende Punkt ist, dass sich die Stadt unter modernen Bedingungen (also in Koevolution mit dem Staat) nicht mehr *nach außen* abschließt. Zwar verfügt auch eine Stadt über eine offizielle Gemarkung, anhand derer sich das Gebiet dieser vom Gebiet jener Körperschaft abgrenzen lässt. In der alltagsweltlichen Erfahrung indes ist diese Grenze zumeist nicht präsent (man denke etwa an die Städte des Ruhrgebiets, die vielfach nahtlos ineinander übergehen), und politisch wird sie nicht durch ein sichtbares Grenzregime reguliert – die Verbannung vor die Stadttore ist in der modernen Stadt undenkbar. Das Territorium hingegen entsteht überhaupt erst durch das Ziehen einer Grenze; systemtheoretisch gesprochen ist für die Existenz des Raumprinzips des Territoriums die Innenseite der Grenze genauso wichtig wie die Außenseite. Das Territorium, so Berking (2008, 19) im Anschluss an Held, „braucht die Grenze und erhöht auf diese Weise die Homogenität im Inneren“, die Stadt hingegen „verneint die Grenze und erhöht die Dichte und Heterogenität“. Damit wird deutlich, dass wir es hierbei mit einer spezifisch modernen raumstrukturellen Differenzierungsleistung zu tun haben, war doch die mittelalterliche Stadt mit ihren Stadtmauern nach territorialem Prinzip organisiert. Nach Held (2005, 229) handelt es sich bei Territorialstaat und Stadt somit um zwei (ineinander verschachtelte) „Strukturbildungen mit eigener Wirkungslogik und Entwicklungsdynamik“. Obgleich ein Staat die auf seinem Territorium befindlichen Städte in seine Organisationsstruktur eingliedert und zu „seinen“ lokalen Gebietskörperschaften macht, weisen Städte zugleich über das staatliche Territorium hinaus, insofern sie (bspw. in ökonomischer Hinsicht) transnationale Knotenpunkte konstituieren.

Für die Reflexion auf das Politische ist diese Zugangsweise wesentlich, da sie es ermöglicht, die Stadt als einen spezifischen Typus räumlicher Vergesellschaftung zu fassen und sie damit vom Territorium, mitsamt dem Staat als Form seiner politischen Organisation, zumindest vorläufig zu entkoppeln. Das bedeutet nicht, dass sich gesamtgesellschaftliche Problemlagen nicht in Städten materialisieren würden. Zweifelsohne gibt es, um ein Beispiel von Berking (2008, 23) aufzugreifen, Armut in Städten, doch zugleich ist Armut kein exklusiv städtisches Phänomen, was wiederum die Frage aufwirft, worin das Charakteristikum städtischer Armut besteht. Gleiches gilt für politische Prozesse im Umgang mit sozialen Problemlagen. So ist etwa die verschiedentlich beobachtbare Praxis von Städten, sich gegen

nationalstaatliche Regulierungen in der Migrationspolitik zu positionieren (z. B. Gilbert 2009), nicht bloß Ausdruck einer spezifischen politischen Interessenlage in *der* Migrationspolitik, sondern womöglich auch Ausdruck der Tatsache, dass es eine spezifisch *urbane* Form von Migrationspolitik gibt. Die konzeptionelle Differenzierung zwischen Territorium und Stadt lädt hier dazu ein, der Spezifik des Urbanen raumtheoretisch nachzugehen.

3 Von räumlichen Strukturprinzipien zur politischen Theorie der Stadt

Versuche, die moderne Stadt bzw. das Urbane als eine spezifische raumstrukturelle Form zu fassen, können auf eine lange Tradition in der soziologischen Diskussion zurückblicken (Simmel 1995 [1903]; Wirth 1938; Park 1967). Nach Louis Wirth liegen die konstitutiven Merkmale von Stadt in ihrer Größe, Dichte und Heterogenität – Parameter, die sich als Konsequenz des oben dargestellten Mechanismus des Einschlusses verstehen lassen (vgl. Held 2005, 235–243; Berking 2008, 19–23). Wirth macht deutlich, dass es sich hierbei um relative Parameter handelt, die in ihren qualitativen Effekten auf das Soziale interessieren, sodass jeder Versuch der absoluten Grenzziehung (ab 10.000 Einwohner*innen, mindestens 1000 Menschen pro Quadratkilometer etc.) willkürlich sein muss. Größe, Dichte und Heterogenität würden in einem komplexen Zusammenspiel, so das zentrale Argument, eine spezifisch urbane Lebensweise begründen, die sich nicht gleichsam gesamtgesellschaftlich vorkonstituiert an einem Ort niederlässt, sondern die bedingt durch die Raumstrukturen der Stadt überhaupt erst entsteht.

Der Parameter der *Größe* ist für Vergesellschaftung insofern relevant, als die moderne Stadt eine Menge an Menschen, Ereignissen und Artefakten beheimatet, die es dem Individuum nicht mehr erlaubt, alles und jeden zu kennen; die Stadt bedingt eine Anonymität, die sich auch unter größten Anstrengungen nicht überwinden lässt. Aus der Größe der Stadt folgt zudem, dass sich die Berührungspunkte von Menschen und Ereignissen nicht vollumfänglich kontrollieren lassen und es fortdauernd zur spontanen Bildung und Auflösung von Relationen kommt. Der Parameter der *Dichte* verweist auf die Quantität und Qualität von Kontaktflächen, die die urbane Lebensweise prägen. Nach Held (2005, 230) bezieht die Stadt „ihre Stabilität aus dem Mechanismus der relativen Dichte, die die Elemente in einen besonderen Zustand gegenseitiger Haftung und Übertragung versetzt“. Die städtische Lebenswirklichkeit ist durch eine kontinuierliche Konfrontation von

Menschen, Materialitäten (Gebäuden, Linienbussen, Werbetafeln etc.) und Ereignissen gekennzeichnet, womit etwa Orte, die Lockerung und Entzerrung versprechen (wie z. B. Parks), als besondere räumliche Konfigurationen erscheinen, die die städtische Normalität unterbrechen. Wie Wirth (1938, 14–15) unter Bezugnahme auf Durkheim argumentiert, führt ein hoher Dichtegrad zudem zu Differenzierungen und Spezialisierungen. Räumlich manifestiert sich dies etwa in der Entstehung von funktional spezialisierten Gebieten oder Stadtvierteln, die inkompatible Lebenswelten (z. B. Wohnen vs. Industrie) voneinander trennen und zugleich einen Bedarf an der Koordination ihrer Beziehungen (z. B. mittels des öffentlichen Nahverkehrs) nach sich ziehen. *Heterogenität* schließlich meint die für die urbane Lebensweise typische Gleichzeitigkeit des Unterschiedlichen. Städtische Wirklichkeiten zeichnen sich durch eine ständige Konfrontation mit Andersartigem und Unbekanntem aus, womit Instabilitäten und Unsicherheiten sichtbar und Techniken für deren Bewältigung notwendig werden. Zentral dabei ist, dass man sich der Konfrontation mit Heterogenität im städtischen Raum nicht (endgültig) entziehen kann, wie Jane Jacobs in ihrem Klassiker *The Death and Life of Great American Cities* (1961, 55–73) an den zufälligen und letztlich unkontrollierbaren Begegnungen auf öffentlichen Gehwegen illustriert. Das wesentliche Merkmal städtischen Lebens, so Young (1990, 237), „[is] the being together of strangers“. Zugleich sind solche Begegnungen zumeist flüchtig und somit kommt es immer nur vorübergehend zu örtlichen Verdichtungen von Unterschiedlichem.

Was haben nun diese für die Stadt prägenden raumstrukturellen Parameter mit *dem (urbanen) Politischen* zu tun? Statt einer aus unserer Sicht etwas zu unbekümmerten normativen oder neomarxistisch-„kritischen“ Wendung dieser Frage (wie etwa bei Young 1990, 226–256, 2000, 196–235; Webb 2017 oder Harvey 2008) schlagen wir einen (Um-)Weg über die Genealogie modernen Regierens vor, wie sie Foucault in seinen Gouvernamentalitätsvorlesungen entfaltet hat. Nach Foucault (2006, 27–39) ist der ab dem 17. Jahrhundert einsetzende Bedeutungsverlust von Stadtmauern als Prinzip der Grenzregulierung mit Verschiebungen von Rationalitäten und Praktiken des Regierens verbunden. Im Zuge des Ausbaus von Handelsbeziehungen und des Wachstums der Bevölkerung wurde die moderne Stadt sukzessive zugänglicher – oder genauer: wurde die Stadt durch die Zunahme an Zugangsmöglichkeiten modern. Mit der oben eingeführten Held'schen Differenz gesprochen, etablierte die Stadt mit dem Einriss von Stadtmauern den Mechanismus des Einschlusses zuungunsten des Prinzips der territo-

rialen Grenze. Praktiken des Regierens (in) der Stadt konnten sich immer weniger auf die souveräne Regulierung von Grenzen verlassen. Die Zunahme an Größe, Dichte und Heterogenität machte es vielmehr erforderlich, „Zirkulation zu organisieren“ (Foucault 2006, 37), und dies bedeutete einerseits die Entwicklung von Überwachungs- und Disziplinartechniken angesichts verloren gegangener Möglichkeiten der Grenzkontrolle und andererseits die Herstellung von Sicherheit angesichts der Unkontrollierbarkeit von Bewegungen in der, in die und aus der Stadt.

Foucault (2006, 27) weist somit darauf hin, dass die Machtmechanismen der Souveränität, der Disziplin und der Sicherheit, die das Prisma des modernen abendländischen Verständnisses des Regierens ausmachen, ein je spezifisches Verhältnis zu „Raumfragen“ unterhalten. Die historischen Verschiebungen im „Korrelationssystem zwischen den [...] Mechanismen“ (Foucault 2006, 23) sind mithin gar nicht denkbar ohne die sukzessive Entterritorialisierung der Stadt (und umgekehrt). Foucault selbst wie auch die an seine Genealogie anschließenden Forschungen nutzen diese Einsichten, um hieraus *eine* moderne Rationalität des Regierens *jenseits* räumlicher Maßstabebenen zu destillieren. In gewisser Weise bahnt sich durch diese Deutung erneut die oben beschriebene Subsumtionslogik ihren Weg, insofern das Städtische als Ausdruck bzw. als Triebfeder einer gesamtgesellschaftlichen Regierungsrationalität gelesen wird. Demgegenüber ist für unser Anliegen von zentraler Bedeutung, dass die historische Entterritorialisierung der Stadt als komplementäre Bewegung zur Territorialisierung der Souveränität *spezifisch urbane* Anforderungen an das Regieren stellt, die mit dem raumstrukturellen Mechanismus des Einschlusses und den damit verbundenen Parametern der Größe, Dichte und Heterogenität zusammenhängen (vgl. Pløger 2012, 69–70; Foucault 2005). Aus dieser Perspektive – womit die subsumtionslogische Perspektive nicht zwangsläufig „falsch“ oder „irrelevant“ wird – betrachtet, lässt sich der Bogen zum urbanen Politischen spannen.

Ein in dieser Hinsicht zentrales Merkmal der raumstrukturellen Parameter stellt deren *Relationalität* dar: „Elemente unterschiedlichster Art“, so Berking (2008, 20), werden in der Stadt „nicht nur zusammengebracht, sondern in einen ‚Aggregatzustand‘ versetzt, der sie reaktionsfähig macht und ihre gegenseitige Einflussnahme verändert“. Durch temporäre Verdichtungen von heterogenen Elementen entsteht eine emergente Wirklichkeit, die anderes und mehr ist als die Summe ihrer Teile, womit sich Regieren nicht auf einzelne Entitäten, sondern auf deren Beziehungen richtet. In die-

sem Sinne steht Regieren dem Prinzip der Souveränität entgegen, da Souveränität auf die Kontrolle eines Territoriums gerichtet ist, während Techniken des Regierens auf Menschen zielen, und zwar in ihren Beziehungen zu Ressourcen, Handlungsweisen und Ereignissen. Nicht zufällig kommt in diesem historischen Kontext die Analogie zwischen dem Regieren und dem Steuern eines Schiffes auf, einer Tätigkeit, die aus der Organisation von Beziehungen zwischen Schiff, Seeleuten, Fracht und äußeren Ereignissen wie Stürmen und Klippen besteht (Foucault 2006, 146–149). Es ist daher nicht verwunderlich, dass es gerade Städte sind, in denen sich institutionalisierte politische Praktiken und Interaktionssysteme netzwerkförmiger Art herausgebildet haben, die Anstoß für die Entstehung der Governance-Forschung mit ihrem Interesse an Formen des Regierens jenseits staatlicher Souveränität gewesen sind (Heinelt 2004).

Eng verknüpft mit der relationalen Logik städtischen Regierens ist eine *Diversifizierung von Autorität*. Zwar ist aus der Sicht des Staates auch städtische Autorität zentriert, und zwar im Sinne einer Art Spiegel- oder Stellvertretermodell (vgl. Haus 2014): Das lokale politische System erhält seine staatliche Legitimität über die formale Institution der „kommunalen Selbstverwaltung“ und seine demokratische Legitimität durch die Autorisierung seitens der Bürgerschaft. Bereits darin liegt freilich ein gewisser Widerspruch: Wenn die kommunalpolitischen Institutionen im gleichen (vor allem elektoralen) Modus legitimiert werden wie die staatlichen, warum sind sie dann dem Staat untergeordnet? Die prekäre, historisch aber belastbare „Lösung“ besteht in einer *Entpolitisierung* der Stadt und ihrer Kommunalpolitik: Mittels des Konzepts der kommunalen *Selbstverwaltung* wird die Stadt nicht nur auf den Status der „Kommune“ begrenzt (darin ist dann die größte Metropole der kleinsten Landgemeinde juristisch gleich), sondern die institutionelle Logik auf „Verwaltung“ und damit die sachgerechte Anwendung von selbst nicht mehr kontroversen Prinzipien reduziert. Die in dieser zu Recht vielfach kritisierten Banalisierung lokaler Politik liegende Wahrheit kann darin gesehen werden, dass erstens das kommunalpolitische Entscheidungssystem eben im Sinne des Souveränitätsparadigmas keine genuin politischen Qualitäten hat und dass die so konstituierte „Autorität“ zweitens tatsächlich nicht zum „Herrschen“ imstande ist, sondern Autorität unter Autoritäten bleibt.

Bei Foucault (2006, 39–40) heißt es hinsichtlich der (De-)Zentrierung von Autorität, dass „die Souveränität ein Territorium kapitalisiert und das Hauptproblem des Regierungssitzes aufwirft“, während die Wirklichkeit der Stadt aus Elementen und Serien besteht, „die in einem multivalenten und

transformierbaren Rahmen reguliert werden müssen“. Das Souveränitätsparadigma folgt dem Prinzip der eindeutigen Lokalisierung und Zentrierung von Autorität an einem Ort, dem „Regierungssitz“, um von dort aus zu handeln, wohingegen das urbane Einschlussprinzip eine Vielfältigkeit nach sich zieht, die Eigendynamiken, Zufälle und Unkontrollierbarkeiten sichtbar werden lässt. Auf das urbane Politische, d. h. auf die Frage nach der Entstehung von Macht gewendet folgt daraus, dass die Stadt gegründet ist „on the principle of self-organization, which in turn implies a multiplicity of authorities operating under conditions of rivalry and interdependence“ (Magnusson 2011, 118). „To see like a city“, so Magnusson (2011, 120) weiter, „is to accept a certain disorderliness, unpredictability, and multiplicity as inevitable, and to post the problem of politics in relation to that complexity, rather than in relation to the simplicity that sovereignty seeks“. Institutionelle Ordnungen und Verfahrensweisen, wie sie dem staatlichen Souveränitätsprinzip entspringen, sind immer auch „Zurichtungen“ des Politischen, insofern sie als kollektiv verbindliche Regelsysteme die Möglichkeit der Entstehung von Macht in gemeinsamem Handeln einschränken. Anders erscheint die gesellschaftsumfassende Kommunikation zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen auch gar nicht möglich (Luhmann 2002, 69–76). In der Stadt hingegen strebt politische Autorität nicht auf ein souveränes Zentrum hin, sondern zerstreut sich, wie die oben angesprochene lokale Governance-Forschung verschiedentlich gezeigt hat. Die Möglichkeit des Neuanfangs durch gemeinsames Reden und Handeln als Wesensmerkmal des Politischen im assoziativen Verständnis bzw. der Revolte durch Kontestation der institutionalisierten Bedeutung von Politik und der mit dem Staat verkoppelten Disziplinarmacht als Wesensmerkmal des Politischen im dissoziativen Verständnis werden somit durch die städtische Diversifizierung von Autorität und die damit einhergehende Existenz von Spannungsfeldern und Freiräumen begünstigt, wenn nicht gar hervorgerufen. Dabei ist Diversifizierung auch räumlich zu verstehen, insofern Städte eine Vielzahl von öffentlichen Orten bereithalten, die mit ihrer allgemeinen Zugänglichkeit politische Begegnungen möglich und bisweilen unausweichlich machen (Young 1990, 240).

Aufgrund des urbanen Einschlussprinzips sind die durch Verdichtung und Heterogenisierung bedingten Beziehungen zudem durch eine besondere *Dynamik* gekennzeichnet. Die Stadt ist, um nochmals den Begriff von Foucault (2006, 37) zu gebrauchen, von einer kontinuierlichen „Zirkulation“ ihrer Bestandteile gekennzeichnet (siehe hierzu auch Amin und Thrift 2002, 81–83). Lebensweltlich werden Städte typischerweise als beweglich, dyna-

misch und hektisch erfahren, es wird immer und überall gebaut, und beinahe ständig lassen sich neue kulturelle Praktiken beobachten.³ Die Richtung und die Effekte derartiger Dynamiken sind zugleich nicht in allen Fällen und jeder Hinsicht eindeutig zu antizipieren. Die Stadt, so nochmals Foucault (2006, 39), wird „nicht im Zusammenhang einer statischen Wahrnehmung aufgefaßt oder gestaltet [...], sondern sie öffnet sich für eine nicht genau kontrollierte oder kontrollierbare, nicht genau bemessene oder meßbare Zukunft, und die gute Stadtgestaltung ist genau folgendes: dem Rechnung tragen, was geschehen kann“. Mit einem Leitbegriff aus der Theoriesprache des Diskurses um das Politische formuliert ist städtische Wirklichkeit durch Kontingenz charakterisiert. Daraus wiederum folgt, dass in der Stadt sowohl neue gemeinsame Räume zwischen den Menschen (Arendt 2002) entstehen, als auch Differenzen und Antagonismen (Schmitt 1963; Mouffe 2007) in besonderer Deutlichkeit hervortreten (vgl. Kaufmann und Sidney 2020, 3). Durch die räumliche Verdichtung von Heterogenem und durch die in der urbanen Dynamik angelegte Spontanität von Konfrontationen befähigt, ja, zwingt die Stadt Menschen geradezu, sich ihrer Interdependenzen bewusst zu werden und politisch in Erscheinung zu treten (vgl. Rancière 2002, 109–115; Richter 2016, 124).

Nirgendwo sonst finden Menschen in der analogen Welt vergleichbar große Chancen, „Gleichgesinnte“ zu finden. Während auch in nichtstädtischen Räumen Menschen durch das Handeln mit und vor anderen ihrem Leben Sinn und Bedeutung geben, können sie es in (Groß-)Städten in mannigfaltiger und je unterschiedlicher Weise, denn die moderne Stadt stellt aufgrund ihrer Größe, Dichte und Heterogenität nicht nur die nötige kritische Masse für die Bildung von Kollektiven bereit, sondern darüber hinaus auch einen Grad an Anonymität, der auch marginalisierte oder unterdrückte Gruppen befähigt, gemeinsam zu handeln (Young 1990, 238). Die Stadt macht es Menschen besonders einfach, *gemeinsam* anders zu sein und „Freundschaft“ im aristotelischen Sinne mit kultureller Differenz zu verbinden. Die Stadt ist deshalb alles andere als gemeinschaftsfeindlich, wie es ein gängiger Topos

3 Womöglich ist dies der Grund, weshalb der Topos von der Stadt als „Brenn-
glas gesellschaftlicher Entwicklungen“ so verbreitet ist, liegt doch angesichts
städtischer Wandlungsprozesse die Schlussfolgerung nahe, dass sich in der
Stadt zu erkennen gibt, was sich in „der Gesellschaft“ gerade verändert. Dem
lässt sich freilich, wie oben erläutert, entgegenhalten, dass städtische Phäno-
mene städtische Phänomene sind und nicht zwangsläufig bzw. in jeder Hin-
sicht lokale Symptome gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen.

der Stadtkritik nahelegt. Sie ist die Steigerung von Differenz *und* Gemeinschaft. Zugleich ist die Freundschaft der Gleichgesinnten in der Stadt sehr viel „politischer“. Freundschaft kann sich hier nicht darauf beschränken, einerseits Traditionen zu pflegen und andererseits Interessenpolitik gegenüber dem politischen Entscheidungszentrum zu betreiben – sie muss selbstorganisiert Praktiken der Selbstbehauptung in einer turbulenten Umgebung entwickeln und nach Koalitionspartner*innen suchen. Die Stadt ist aber auch Ort der „Feindschaft“ *par excellence*. Die Unterschiedlich- und Konfliktfähigkeit des Sozialen ist aufgrund der Verdichtungen im städtischen Raum allgegenwärtig, ebenso wie das Erfordernis, damit umgehen zu müssen, sei es in Form von Kämpfen, Kompromissen oder auch Segregationsprozessen. In diesem Sinne ist die Lebenswirklichkeit von Städten nicht mit einer Vorstellung von homogener Gemeinschaftlichkeit zu verwechseln (Young 1990, 234–236). In der Stadt wird die Wandelbarkeit des Sozialen und damit das Politische erfahrbar, und zwar sowohl in Form einer Erfahrung der Abhängigkeit von übergeordneten und anonymen Kräften und Prozessen (Globalisierung, Neoliberalismus, Individualisierung etc.) als auch in Form einer Erfahrung der Möglichkeiten kollektiven Handelns (Occupy Wall Street, Gezi-Park etc.). Dabei ist wichtig zu sehen, dass die Stadt nicht nur Ort oder Bühne des Politischen ist, sondern einerseits durch ihre raumstrukturellen Merkmale diese spezifischen Formen politischer Praxis erst ermöglicht und andererseits durch diese Praxis selbst hervorgebracht wird (vgl. Rosen 2017).

4 Fazit

Unser Beitrag hat den Versuch unternommen, das Nachdenken über den Zusammenhang zwischen der Stadt und dem Politischem von der (impliziten) Fixierung auf die Kategorie des Staats zu lösen. Wie jüngst verschiedentlich argumentiert wurde (Magnusson 2011; Boudreau 2017; Webb 2017), verstellt die Folie der nationalstaatlichen Souveränität den Blick für die Art und Weise, wie Stadt und das Politische konstitutiv miteinander verbunden sind. Zugleich jedoch ermangelt es diesen bisherigen Versuchen eines theoretisch gehaltvollen Begriffs von Stadt, womit die Stadt entweder zum bloßen Schauplatz der Konflikte und Widersprüche der modernen Gesellschaft wird oder ihr eine begriffliche Unfassbarkeit zugeschrieben wird, die jedes Verstehen zu übersteigen scheint.⁴ Demgegenüber haben wir eine raumtheo-

4 So etwa der Fall bei Webb (2017, 1), der die Schwierigkeiten des Begreifens von Stadt in Verbindung bringt mit „the city resembling something akin to

retische Perspektive eingenommen, die Staat und Stadt nicht als Großes und Kleines oder Allgemeines und Besonderes, sondern als zwei unterschiedliche, sowohl komplementäre als auch konfligierende Modi der räumlichen Vergesellschaftung erfasst. Wesentliche Merkmale der Stadt sind in dieser Hinsicht die Momente der Verdichtung und Heterogenisierung (im Kontrast zur territorialen Homogenisierung durch Grenzziehung), die zur Entstehung von Räumen politischen Handelns beitragen, ob nun verstanden als gemeinsamer Neuanfang oder als konflikthafte Unterbrechung einer hegemonialen Ordnung. In diesem Sinne „politisiert“ die Stadt auf besondere Weise, da sie ständig und ohne Unterlass Momente des Aufeinandertreffens und damit sowohl Möglichkeiten der Verbindung als auch der Konfrontation von Menschen erzeugt. Sie steht dabei immer in Beziehung zu kleineren räumlichen Gebilden wie Quartieren als auch zu größeren wie Regionen oder Nationalstaaten (vgl. Swyngedouw 1997; Ward 2010), weshalb unser Argument kein Plädoyer für eine „lokalistische Stadtforschung“ (Kemper und Vogelpohl 2011) darstellt – wohl aber für eine Perspektive, die das Politische der Stadt primär als etwas Städtisches erfasst.

Aus dieser Aufwertung der raumstrukturellen Logik des Städtischen für das Politische folgt eine Aufwertung der Bedeutung der einzelnen Stadt. Insofern Stadt als Verdichtungs- und Heterogenisierungspraxis begriffen wird, wirft dies die (dann empirische) Frage auf, *wie einzelne Städte* diese Verdichtungen und Heterogenisierungen konkret verwirklichen. Angesichts lokal unterschiedlicher sozialstruktureller Charakteristika, regionaler Netzungen oder tradiertter Wissensbestände ist anzunehmen, dass Städte in unterschiedlicher Weise verdichten und heterogenisieren, und somit sind städtische politische Phänomene immer auch politische Phänomene *dieser* Stadt (Frank et al. 2014; Barbehön et al. 2015). Die raumstrukturelle Ordnung von Stadt in ihrer politischen Bedeutung ernst zu nehmen impliziert somit einerseits, das Politische der Stadt nicht auf eine Miniatur staatlicher Souveränität zu reduzieren, und andererseits, die Stadt nicht als austauschbaren Ort zu behandeln. Eine politische Theorie der Stadt, wie wir sie in diesem Beitrag skizziert haben, steigert somit die Komplexität in erheblicher Weise – und damit eröffnet sich die Möglichkeit, die eingangs dargelegten Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten im Diskurs über die Bedeutung des Städtischen in der Moderne neu zu durchdenken.

a Kantian sublime object, although whether it belongs to the category of the mathematical or dynamic sublime, is unclear“.

Literatur

- Amin, Ash, und Nigel Thrift. 2002. *Cities: Reimagining the Urban*. Cambridge, Oxford, Malden: Polity Press.
- Amin, Ash, und Nigel Thrift. 2016. *Seeing Like a City*. Cambridge, Malden: Polity Press.
- Arendt, Hannah. 2002. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Berlin, Zürich: Piper.
- Barbehön, Marlon, und Sybille Münch. 2017. „Stadt, lokale Politik, Variation: Annäherung an eine Forschungsagenda“. In *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik*, hg. v. Marlon Barbehön und Sybille Münch, 1–21. Wiesbaden: Springer VS.
- Barbehön, Marlon, Sybille Münch, Michael Haus und Hubert Heinelt. 2015. *Städtische Problemdiskurse: Lokalpolitische Sinnhorizonte im Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Barber, Benjamin R. 2013. *If Mayors Ruled the World: Dysfunctional Nations, Rising Cities*. New Haven, London: Yale University Press.
- Bedorf, Thomas, und Kurt Röttgers, Hg. 2010. *Das Politische und die Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Benz, Arthur. 2004. „Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“. In *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung*, hg. v. Arthur Benz, 11–28. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berking, Helmuth. 2008. „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte“. In *Die Eigenlogik der Städte: Neue Wege für die Stadtforschung*, hg. v. Helmuth Berking und Martina Löw, 15–31. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Bornemann, Basil, und Michael Haus. 2019. „Politische Beteiligung im Kontext post-liberaler Demokratie. Konzept und Kriterien governancialisierter Partizipationspraxis“. In *Bürgerpartizipation – neu gedacht*, hg. v. Winfried Kluth und Ulrich Smeddinck, 25–57. Halle an der Saale: Universitätsverlag Halle-Wittenberg.
- Boudreau, Julie-Anne. 2017. *Global Urban Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brenner, Neil, Peter Marcuse und Margit Mayer, Hg. 2012. *Cities for people, not for profit: Critical urban theory and the right to the city*. London, New York: Routledge.
- Buckel, Sonja, und Tino Petzold. 2016. „Recht auf Stadt: Einleitung in den Schwerpunkt“. *Kritische Justiz* 49(1): 14–17.
- Comtesse, Dagmar, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen und Martin Nonhoff, Hg. 2019. *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Enright, Theresa, und Ugo Rossi, Hg. 2018. *The Urban Political. Ambivalent Spaces of Late Neoliberalism*. Cham: Springer International Publishing.
- Enroth, Henrik. 2014. „Governance: The art of governing after governmentality“. *European Journal of Social Theory* 17(1): 60–76.
- Flügel, Oliver, Reinhard Heil und Andreas Hetzel, Hg. 2004. *Die Rückkehr des Politischen: Demokratietheorien heute*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Foucault, Michel. 2005. „Raum, Wissen und Macht“. In *Michel Foucault: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits*, hg. v. Daniel Defert und François Ewald, 324–341. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2006. *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung: Geschichte der Gouvernementalität I*. Vorlesung am Collège de France 1977–1978. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel. 2015. „Von anderen Räumen“. In *Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*, hg. v. Jörg Dünne und Stephan Günzel, 317–329. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Frank, Sybille, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus, Hg. 2014. *Städte unterscheiden lernen: Zur Analyse interurbaner Kontraste*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Gilbert, Liette. 2009. „Immigration as Local Politics: Re-Bordering Immigration and Multiculturalism through Deterrence and Incapacitation“. *International Journal of Urban and Regional Research* 33(1): 26–42.
- Hall, Peter. 2014. *Cities of Tomorrow. An Intellectual History of Urban Planning and Design Since 1880*. New York: Wiley-Blackwell.
- Harvey, David. 2008. „The Right to the City“. *New Left Review* 53: 23–40.
- Harvey, David. 2012. *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London, New York: Verso.
- Haus, Michael. 2014. „Mirror of the state or independent image? – Conceptual perspectives on the question of a legitimacy shift to the output dimension in local democracy“. *Urban Research & Practice* 7 (2): 123–136.
- Haus, Michael, und Petra Gehring. 2014. „Selbstbezüge: Zur Einleitung“. In *Städte unterscheiden lernen: Zur Analyse interurbaner Kontraste*, hg. v. Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus, 301–311. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Häußermann, Hartmut, und Walter Siebel. 1978. „Krise der Stadt – Krise der Stadt?“. *Leviathan* 6(4): 471–483.
- Heinelt, Hubert. 2004. „Governance auf lokaler Ebene“. In *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung*, hg. v. Arthur Benz, 29–44. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Heinelt, Hubert. 2013. „Stadt in der lokalen Politikforschung“. In *Stadt: Ein interdisziplinäres Handbuch*, hg. v. Harald A. Mieg und Christoph Heyl, 185–197. Stuttgart, Weimar: J.B. Metzler.
- Held, Gerd. 2005. *Territorium und Großstadt: Die räumliche Differenzierung der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jacobs, Jane. 1961. *The Death and Life of Great American Cities*. New York: Vintage Books.
- Kaufmann, David, und Mara Sidney. 2020. „Toward an Urban Policy Analysis: Incorporating Participation, Multilevel Governance, and ‚Seeing Like a City‘“. *Political Science & Politics* 53(1): 1–5.
- Keil, Roger, Creighton Connolly und S. Harris Ali. 2020. „Outbreaks like coronavirus start in and spread from the edges of cities“. *The Conversation*, <https://theconversation.com/outbreaks-like-coronavirus-start-in-and-spread-from-the-edges-of-cities-130666> (Zugriff: 28.07.2020).
- Kemper, Jan, und Anne Vogelpohl, Hg. 2011. *Lokalistische Stadtforschung, kulturalisierte Städte: Zur Kritik einer „Eigenlogik der Städte“*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 2001. *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Luhmann, Niklas. 1981. *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- Luhmann, Niklas. 2002. *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Magnusson, Warren. 2011. *Politics of Urbanism: Seeing like a city*. London, New York: Routledge.
- Marchart, Oliver. 2010. *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Meagher, Sharon M., Hg. 2008. *Philosophy and the City: Classic to Contemporary Writings*. Albany: State University of New York Press.
- Merrifield, Andy. 2002. *Metromarxism. A Marxist tale of the city*. New York: Routledge.
- Mouffe, Chantal. 2007. *Über das Politische*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin. 2002. „Dichte Räume: Städte als Synchronisations- und Inklusionsmaschinen“. In *Differenzierungen des Städtischen*, hg. v. Martina Löw, 211–232. Opladen: Leske + Budrich.
- Park, Robert E. 1967. „The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment“. In *The City*, hg. v. Robert E. Park, Ernest W. Burgess und Roderick D. McKenzie, 1–46. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Pløger, John. 2012. „Foucaults Dispositiv und die Stadt“. In *Die Ordnung der Räume: Geographische Forschung im Anschluss an Michel Foucault*, hg. v. Henning Füller und Boris Michel, 54–81. Bielefeld: transcript.

- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Richter, Emanuel. 2016. *Demokratischer Symbolismus: Eine Theorie der Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.
- Rosen, Christian. 2017. „Politische Städte: Nationale politische Felder und die lokale Ebene in Berlin und Madrid“. In *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik*, hg. v. Marlon Barbehön und Sybille Münch, 275–297. Wiesbaden: Springer VS.
- Roskamm, Nikolai. 2017. *Die unbesetzte Stadt: Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld*. Basel: Birkhäuser.
- Schmitt, Carl. 1963. *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Simmel, Georg. 1995. „Die Großstädte und das Geistesleben“. In *Aufsätze und Abhandlungen 1901–1908: Band I*, 116–131. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sörensen, Paul. 2019. „Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik ‚rebellischer Städte‘“. *Zeitschrift für Politische Theorie* 10(1): 29–48.
- Swyngedouw, Erik. 1997. „Neither Global nor Local: ‚Glocalization‘ and the Politics of Scale“. In *Spaces of Globalization: Reasserting the Power of the Local*, hg. v. Kevin R. Cox, 137–166. New York, London: The Guilford Press.
- United Nations. 2020. „Policy Brief: COVID-19 in an Urban World“. https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/sg_policy_brief_covid_urban_world_july_2020.pdf (Zugriff: 28.07.2020).
- Walzer, Michael. 1992. *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ward, Kevin. 2010. „Towards a relational comparative approach to the study of cities“. *Progress in Human Geography* 34(4): 471–487.
- Webb, Dan. 2017. *Critical Urban Theory, Common Property, and „the Political“: Desire and Drive in the City*. London, New York: Routledge.
- Weinstock, Daniel. 2011. „Self-determination for (some) cities?“. In *Arguing about justice. Essays for Philippe Van Parijs*, hg. v. Axel Gosseries und Philippe Vanderborght, 377–385. Louvain-la-Neuve: Presses Universitaires de Louvain.
- Wirth, Louis. 1938. „Urbanism as a Way of Life“. *The American Journal of Sociology* 44(1): 1–24.
- Young, Iris Marion. 1990. *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion. 2000. *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.